

Rossische



1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ulstein & Co., Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw.
Redakteur: (im Ausd.) Handelteller: Carl Mack, Berlin, Uvarov.
Manuskripte werden uns zurückgemacht, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ulstein & Co., Amt Dönhofs 3000-3005.
Für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3000-3008. Telegramm-
Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postschekkonto Berlin 662.

Japan im Chinakonflikt

Bürgerkrieg und Handel / Japans Importinteressen / Die Intervention kompliziert nur die Lage

Bei dem Leiter der Mitsui Bussan Kaisha

Bericht für die „Rossische Zeitung“

* Schanghai, im März

Die Mitsui sind eines der größten und das älteste Haus Japans, sie sind die modernen Sugawara des fernsten Ostens. Das im Umgekehrte gemessene Geschlecht der Familie umfasst alles, Handel und Politik, Finanzen, Bergbau und Industrie, besonders aber auch Schiffahrt. Die Mitsui sind hellen Gedächtnis das moderne, konzentrierte Leben Japans dar. Ihre Wohl und Wehe ist das Schicksal Japans selbst.

Hr. Futuchima ist zugleich der Delegierte Japans zum Exekutivrat der internationalen Republik Schanghai, er ist Senator, der Präsident der vereinigten japanischen Baumwollspinnereien in China, sind also entscheidende Faktoren ökonomischer und politischer Entwicklung.

Mein Essen in dem japanischen Restaurant des Herrn Futuchima entwickelte sich zwischen uns folgende Unterhaltung:

Frage: „Bitte, geben Sie mir Ihre Ansicht zu der allgemeinen Weltlage.“

Antwort: „Es gibt drei Hauptpunkte, warum die allgemeine Weltlage im Vergleich als irritiert betrachtet werden muß. Das ist zuerst die Besetzung oder Unterbrechung aller Verkehrsmitel durch die chinesischen Militärflotten. Das ist meines Erachtens die Hauptfrage, denn nach Bürgerkrieg würde der Handel mit China fast weiter gehen. Dann ist die verhängnisvolle Propaganda, die die Chinesen hinsichtlich des Krieges mit Japan verbreiten. Dann sind die außerordentlichen Schwankungen des Silberpreises, die im letzten Jahre die Spekulation des fremden Kaufmannes fast erlöschten, schließlich, nicht zum wenigsten, daß sich die Kaufkraft der chinesischen Bevölkerung sehr stark infolge des immer den Bürgerkriegs vermindert, was meines Erachtens einen von den fremden Kaufleuten zu wenig in Rechnung gestellt wird. Zusammenfassend kann ich sagen die Weltlage ist nicht so heiter, wie sie die Behauptungen der Europa und Amerika beschreiben. Kommt ein Ausgleich zwischen Nord und Süd, den herbeizuführen Japan alles unterstreift, so wird sich die Weltlage sehr schnell auf den normalen Stand heben.“

Frage: „Hatten Sie die Möglichkeit einer Revolte unter den chinesischen Industriearbeitern in dem Schanghai zu erwarten?“

Antwort: „Nein, aber in anderem Sinne, als Sie wahrscheinlich annehmen. Der chinesische Arbeiter will arbeiten, darüber haben wir keinen Zweifel. Die streikenden Vorkarbeiter sind es, auf die Propaganda im politischen Sinne wirkt. Diese sehr wichtigen Vorkarbeiter werden von den professionellen Agitatoren drangeführt und schließlich unter Terror gesetzt. Man droht sie zu ermanen, was ihnen mehrfach auf offene Straße geschehen ist. Man droht sie mit Verhaftung, schließlich werden sie nach und nach für die Arbeitermassen in Streit und Unruhen. Die Erhebung selbst, das Schanghaier Meer leidet aus der Hand gelassen, und dann ist der Föderalismus da, ohne daß jemand ihn gewollt hat.“

Frage: „Was halten Sie von der Entwicklung des zukünftigen Bürgerkriegs in China?“

Antwort: „Die Chancen haben keine Chance. Die großartigste Niederlage unserer Japans ist China infolge von naturgemäßem wirtschaftlichen Fortschritt. Am kürzesten haben wir aber die Beobachtung gemacht, daß gerade die Deutschen es mit bedauerlicher Geduld vertragen, auf die Bedürfnisse der Chinesen einzugehen. Aber im Vergleich mit sich derselbe Prozeß möglich, der sich in Kanton und Hongkong ereignet hat. Die Chinesen wollen englische Waren nicht mehr kaufen. Die Chinesen haben aber bereits Bedürfnisse, und sie wenden sich an die Kaufleute anderer Völker um Hilfe zu suchen. Die japanische Produktion auf dem Hauptmarkt befindet sich dem Baumwollwaren, ist aber, notwendig gesehen, schnell in der Lage, sich den Bedürfnissen und Anforderungen eines so wachsenden Marktes anzupassen als das heute einflussreiche Grund der geographischen Lage. So habe innerer Sorge um die Entwicklung des chinesischen Importes. Die Chinesen werden sich auf gute und rationelle Kaufleute, als daß sie ihr Land, wie es vor Jahrhunderten getan haben, für den Import fremder Artikel bereit sein abzugeben müßten. Einzelheiten zu geben ist heute unmöglich. Wir sind eher mitten in einer Entwicklung.“

Frage: „Hätten Sie die fremde militärische Intervention überhaupt für notwendig? Glauben Sie, daß

die englische Chinoregulation eine Komplizierung der augenblicklichen Lage bedeutet?“

Antwort: „Ich halte jede militärische Intervention in China für ein Unglück, und ich bin überzeugt, daß die politischen Vertreter unseres Landes in China und die Staatsmänner höchstens geneigt zu sein werden, sich der Gefahr zu stellen. Das Schanghaier Freiwirtschaftsamt ist noch seiner Richtigkeit und Zweckmäßigkeit gewessen auch bei dem jetzigen Stand der Dinge im Zusammenhang mit dem Vorkrieg. Aber die militärische Intervention ist ein schmerzlicher Schritt in die Fremdenherrschaft über China abzuweichen. Die englische große Expedition muß die innerpolitische

Entwicklung Chinas fördern, kann sie aber nicht lange aufhalten. Diese Entwicklung ist durchaus lösungsfähig. Es ist nicht eine Sache der fremden Mächte. Ich glaube daher, daß die englische Chinoregulation die Lage sehr kompliziert.

Ich behaupte die Tatsache der Expedition besonders deshalb, weil sie auch mein Land zu einem beschränkten Sicherheitsmaßnahmen genugsam hat, die sonst sicher nicht notwendig gewesen wären. Japan hat eine Reihe von Kriegsschiffen in und bei Schanghai liegen. Die Kriegsschiffe haben eine Anzahl von Soldaten zum unmittelbaren Gebrauch unterer Beurlaubten mit sich. Diese militärische Schau enthält nur Aufrechterhaltung der Ordnung. Ich würde es beobachten, wenn infolge der englischen Expedition etwas stärkerer Beurlaubten der Industriebevölkerung eintreten würde. Unter Japans ist Frieden und Ausgelenk in jedem Falle. Wir werden dies bereit sein zu verhandeln. Bitte wenden sich im Exekutivrat die chinesischen Rechte durch die Mitsui ausgedrückt zu haben. Ich bin überzeugt davon, daß schließlich die Entwicklung der Welt sich zum Vorteil von Japan entwickeln wird.“

Erich v. Salzman.

Reichstag unter Hochdruck

Mehrheitsuche für den Etat

Am 8. April soll der Reichstag in die Kammern gehen. Bis dahin soll der Etat vorbeschrieben sein. Die Zeit ist kurz, die Neben sind lang, und es bleibt nichts anderes übrig, als Doppel- und Dreifachungen einzuführen, um die Etatberatung termingerecht zum Abschluß zu bringen. Auch hätte am Donnerstag die Beratungen schon um 4 Uhr ab, hatte die Sitzung bereits um 10 Uhr normalermaßen begonnen, und mit einer zweifelhafte Kaufe zwischen 1 und 3 Uhr wird das Plenum bis zum Spätabend bekommen bleiben.

Auf der Tagesordnung steht der Kriegsgesetzentwurf. Das ergibt sich von selbst, daß das Dawes-Abkommen das Hauptthema bildet. Alle Parteien sind in der Aufassung einig, daß dieses Abkommen einer Prüfung bedürftig ist, aber fernerhin müde es an, wenn gerade der Herr Finanzminister, die Besprechung aufstellt.

schloßen gegen den Etat stimmen dürfte. Es ist sehr wenig wahrscheinlich, daß die Regierung in Verlegenheit kommen wird.

Eine Dawes-Debatte

Der Reichstag begann heute keine Beratung schon um 10 Uhr. Die Kommunisten verlangen, daß ein von ihnen geschickter Antrag über die Wirtschaftspolitik der Regierung für einen höheren Preiskurs gegen den britischen Imperialismus entfällt, sofort beprochen werden. Es wurde aber Einspruch erhoben und sofort in die Tagesordnung eingetragen.

Die Beratung hand die weitere Prüfung des Haushalts für die Kriegskosten, was heute jetzt wie Reparationsverpflichtungen und Dawesplan.“

Nach der Berichterstattung nahm als erster Redner aus dem Hause der Zentrumspartei Dr. Dehmann das Wort, dessen Ausführungen von einer so erhellenden und klaren Darstellung der Sachlage ausgingen, daß auf allen Seiten des Hauses lebhafter Beifall fand. Er wies darauf hin, daß der Reparationsvertrag die sonstige Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gesichert habe, und daß er in seinem Bericht die Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, ein unerschütterliches Vertrauen in alle Reparationsfragen zu setzen. Der Etat sei in Bezug auf die Kriegskosten nicht ganz vollständig. In der von der Regierung verfassten Denkschrift werden hauptsächlich sämtliche Reparationsleistungen, die Deutschland zu leisten hat, zusammengefaßt. Die gesamten Reparationsleistungen werden dann noch etwa 4 Milliarden betragen, 1% Milliarde betrage allein die Darlehen im laufenden Jahre. Im nächsten Jahre werde sie 2% Milliarden betragen.

Wenn bisher die Aufbringung der Gelder ziemlich reibungslos erfolgte, so sei das für die Zukunft keineswegs sicher. Daher sei immer noch eine eingehende Prüfung notwendig. Jetzt brauche die öffentliche Meinung einen Einblick der gesamten Ausgaben des Reiches.

Der Redner sprach offen aus, daß er eine Revision des Dawesplanes für unumgänglich notwendig halte. Grundem beruhe die Zentrumspartei auf dem Vertrauen in die Regierung, die Kommission für den Ankauf des Bannes entgegengebracht habe. Durch den Dawes-Plan sei doch eine erheblich andere und günstigeren ländliche Atmosphäre geschaffen worden. Deutschland hätte sich in der Rolle eines ehrenhaften Partners, der die Reparationsverpflichtungen nach Billigkeit zu erfüllen trachte. Hoffentlich werde die Bereitwilligkeit zur Revision des Abkommens sich auch auf der anderen Seite zeigen. Die deutsche Regierung hat für die deutsche Wirtschaft Erleichterungen vorgeschlagen, die aber nur teilweise werden können, wenn eine neue Einigung über den Welthandelsverkehr und über die Steigerung des deutschen Exports getroffen werde; denn Deutschland könne gegenwärtig nur durch Verkäufe und Lieferungen zahlen.

In diesem Zusammenhang weist der Redner auf die internationale Währungsnotlage hin, die maßgebend der Weltmarkt über sich und doch immer noch ein Abbau selbst das Wort. Vor allen Dingen müsse Deutschland über die endgültige Summe der Reparationsleistungen in Billigkeit zu entscheiden erhalten. Durch die Möglichkeit Deutschlands beim Weltmarkt zu bestehen, die Weltwirtschaftsgemeinschaft der Völker geschaffen werden. Aber auf Deutschland habe sich das unerwartet-mögliche Schuldverhältnis nicht nur ausgedrückt. Die endgültige Klärung der Reparationsfrage für Deutschland ist eine gemeinsame Aufgabe aller Völker.

Hr. Dietrich-Baden (Dm) erklärt sich mit den Ausführungen des Vortragenden im wesentlichen einverstanden. Auch er

15 Todesurteile in Albanien

Rechtsoberleit der „Rossischen Zeitung“

* Skutari, 31. März

Die hiesige Zeitung „Eris Kombante“ meldet, daß das Kriegsgericht von Skutari wegen des nachdemmaligen Aufstandes gegen Ahmed Bejoglu im November des vergangenen Jahres 15 Angeklagte zum Tode und 321 Angeklagte zu Gefängnis von zusammen 1598 Jahre verurteilt.

Weitere 14 Angeklagte, denen es gelungen war, ins Ausland zu flüchten, wurden in contumaciam zum Tode verurteilt. Gegen 26 Personen ist das Anklageverfahren noch nicht durch Urteil abgeschlossen.

man dürfe nicht durch ein allzu hartes Ansehen der Steuerhöflichkeit und durch eine Teufelskreispolitik die Wästen aus dem Dawes-Vertrag noch erhöhen. Got der Herr Finanzminister, das ist ein kurzes Gedächtnis oder vermutet er es bei den Parteien der Opposition? Der Finanzminister, den dieser Vorwurf mit Recht trifft, war Herr v. Schilling, der diensttuende Finanzminister.

Während im Finanzamt die Etatberatung weitergeht, ist in einem anderen Saal der internationalen Konferenz der Regierungsparteien verhandelt. Das ist nichts Ungewöhnliches, denn die Verbindung zwischen Regierung und Regierungskoalition ist jetzt weit enger als früher, aber man vermutet, daß Regierung, Kabinett und Koalition sich Sorgen machen um die Möglichkeit der dritten Lesung des Etats, weil Herr v. Schilling die Möglichkeit des Fortschritts eines Mittels von 10 Prozent nicht nur am Werk, sondern am gesamten Etat erhoben hat. Die Möglichkeit der Regierungskoalition ist, wenn die Wirtschaftspartei sich hier nicht ausgliedert, sehr gering.

Trotzdem liegt ernstliche Veranlassung nicht vor, daran zu zweifeln, daß der Etat in der Form, wie das Kabinett ihn aufgegeben hat, bewilligt werden wird. Abgesehen davon, daß die Wirtschaftspartei in sich uneinig ist und nicht ge-